

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

heute sprechen wir über den Doppelhaushalt der Stadt Detmold, einen Entwurf, der nicht nur die Finanzen unserer Stadt für die nächsten beiden Jahre regeln soll, sondern der auch viele kritische Fragen aufwirft. Als AfD möchten wir hierzu einige wesentliche Punkte ansprechen und unsere Bedenken äußern.

Zunächst einmal lehnen wir grundsätzlich die Vorlage eines Doppelhaushalts ab. Ein solcher Haushaltsplan greift dem kommenden Stadtrat vorweg und schränkt die Handlungsfreiheit künftiger Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger ein. Es ist nicht im Sinne demokratischer Transparenz, die Verantwortung für langfristige finanzielle Verpflichtungen an einem Punkt zu zentralisieren, an dem wichtige künftige Entwicklungen noch nicht absehbar sind.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die geplante Steuererhöhung, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Die Einnahmen aus Steuern steigen laut Plan im Jahr 2025 um mehr als 10 Millionen Euro im Vergleich zu 2024, und bis 2028 werden die Bürgerinnen und Bürger mit einer Gesamtsteigerung von fast 25 Millionen Euro belastet. Dies ist aus unserer Sicht nicht vertretbar. Schon heute kämpfen viele Unternehmen mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, der Energiekrise und der Inflation. Zusätzliche Steuerlasten würden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Stadt massiv gefährden und Existenzen bedrohen.

Auch die geplanten Gebührenerhöhungen lehnen wir ab. Die Menschen in Detmold sind bereits jetzt durch hohe Lebenshaltungskosten belastet. Jede weitere Gebührenerhöhung bedeutet eine zusätzliche Belastung für Familien, Rentner und Menschen mit geringem Einkommen. Es ist unsere Aufgabe, gerade in Zeiten von Unsicherheit und Krisen soziale Verantwortung zu übernehmen, statt die Lasten weiter zu erhöhen.

Wir müssen auch über die stetig steigenden Transferauszahlungen sprechen. Diese steigen bis 2028 auf 80,6 Millionen Euro an, was einer Erhöhung um fast 30 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht. Dieser Anstieg zeigt deutlich, dass wir dringend strukturelle Reformen brauchen, um die Belastungen der Stadt nachhaltig zu senken.

Darüber hinaus sehen wir mit großer Sorge, dass die Verbindlichkeiten der Stadt stetig wachsen. Wir können nicht weiterhin auf Pump leben und die Schuldenlast auf die kommenden Generationen übertragen. Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur, grüne Projekte zu fördern, sondern auch eine solide Finanzpolitik zu betreiben.

Ein besonders schwerwiegender Punkt ist die Prioritätensetzung dieses Haushaltsplans. Trotz der verheerenden Überschwemmungen, die Detmold in der jüngeren Vergangenheit getroffen haben, fließen Millionen in den Klimaschutz, während der dringend benötigte Katastrophenschutz vor Ort kaum Berücksichtigung findet. Wir müssen die akuten Bedrohungen und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Vordergrund stellen. Von den anderen Parteien, besonders von der CDU, kam hier wenig bis kaum etwas. Stattdessen trägt die „konservative“ CDU die woken Projekte der anderen Parteien mit.

Hier fordern wir ein Umdenken: Investieren wir in Deiche, Hochwasserschutz und Frühwarnsysteme, bevor wir uns in großen Visionen verlieren. Abschließend möchte ich betonen, dass wir nicht gegen die Entwicklung unserer Stadt sind, sondern für eine verantwortungsvolle, bürgernahe und transparente Finanzpolitik eintreten. Ein Haushalt ist

kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Diesem Anspruch wird der vorliegende Entwurf nicht gerecht.

Gezeichnet

Viktor Hübner
AfD im Detmolder Stadtrat